

Ungleich vereint Warum der Osten anders bleibt

Steffen Mau

Wessies - Ossies

- Einerseits: sie hätten die Doppeldiktatur nicht überwunden, nicht reif für die Demokratie, notorisch unzufrieden, undankbar, gefallen sich in Opferrolle. Andererseits: keine Anerkennung, kein politischer Einfluss. westdeutschen Dominanzgesellschaft,.
- Einige wenige statistische Kennzahlen haben sich angeglichen: Wirtschaftswachstum, Demografische Ostflucht ist gestoppt, Ansiedlung technologieintensiver Industrien machen Hoffnung auf Produktivitätsangleichung, Kluft in der Arbeitslosenquote hat sich verringert, subjektive Lebenszufriedenheit hat sich angenähert. Starkes Zusammenwachsen der sozialen Beziehungen und Netze.
- Eine Vielzahl der Indikatoren zeigen aber sowohl sozialstrukturelle- als auch Mentalitätsunterschiede.

These: Viele heute feststellbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden auf absehbare Zeit bleiben.

Der Modernisierungstheorie zufolge müsste die Einheit längst vollendet sein (sprich Aufholen des Ostens, Westen als Norm).

Gründe, die für das Ausbleiben genannt werden:

1. Sozialisationsthese (DDR Vergangenheit): diktatursozialisiert (beträfe eher die Alten), Keine freie Meinungsäußerung, keine Zivilgesellschaft, kein öffentliche Diskursraum
2. Situationsthese: zur Mentalitätsangleichung kommt es nur bei Angleichung der sozialen Verhältnisse.

1. Sozialstrukturelle Unterschiede

- **Westen:** pluraldiversifizierte, migrantisch geprägte Mittelstandsge-sellschaft.
Osten: Land der kleinen Leute; homogen d.h. keine großen Einkommensunterschiede; großes Stadt- Land Gefälle d.h. wenige große Städte, stärker ländlich geprägt.
- **Transformationserfahrung:** Deindustrialisierung, in 80% der Familien Erfahrungen von Langzeitarbeitslosigkeit, berufliche Deklassierung, für 1 Million Vorruhestand, 30% arbeiten im Niedriglohnsektor. Kein Vermögen. Im Osten werden nur 2% der gesamten Erbschaftssteuer gezahlt.
- **Elitenschwäche** der Anteil an Spitzenjobs in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Justizwesen, Medien war bereits nach der Wiedervereinigung gering und ist jetzt sogar für die jüngeren Jahrgänge rückläufig. In der Politik sieht es dabei noch am besten aus.

2. Demografische Unterschiede

- Die ostdeutsche Teilgesellschaft ist geschrumpft.: von 15 Millionen um 15% auf 12,6 Millionen. Zug nach Westen hat sich ab 1989 verstärkt. Die Geburtenrate sank in wenigen Jahren um 50%.
- Abgewandert sind junge und qualifizierte Menschen. Für den ländlichen Raum und zahlreiche Klein- und Mittelstädte ist bis 2040 ein Schwund bis zu 25% wahrscheinlich. In Thüringen kommen mittelfristig auf 100 Renten- nur noch 50 Arbeitsmarkteintritte.
- In diesem Zusammenhang steht auch die Überalterung der Bevölkerung. Vor der Wiedervereinigung war Ostdeutschland eine etwas jüngere Gesellschaft als die BRD Die Verhältnisse haben sich umgekehrt,
- Frauen sind in stärkerem Maße gegangen. Führt zu einer „demografischen Maskulinisierung“ mit Auswirkungen auf Männlichkeitsnormen und Gewaltneigung

3. Unterschied: Verständnis von Demokratie

- Die DDR war eine Parteidiktatur. Wegen der Rolle der SED und der erzwungenen Mitgliedschaft in Massenorganisationen gibt es daher bis heute Ressentiments und eine skeptische Haltung gegenüber staatlichen Institutionen, Politik, Medien.
- Politische Artikulation: Straßenprotest, in der DDR: Sich-Versammeln auf Plätzen, politischer Spaziergang, Hochhalten von Transparenten. Selbstermächtigung. Einforderung nicht Partizipation.
- Bis heute fehlen zivilgesellschaftliche, intermediäre Strukturen zwischen Staat und Bevölkerung wie Parteien, Gewerkschaften, weltanschaulicher Institutionen, Vereinen usw. die wichtig sind ,um Interessen zu bündeln. Medien. privatem Engagement
- Der direkte „Volkswillen“ soll die Politik bestimmen nicht Parteien mit deren innerparteilichen Austarieren von Interessen und strategischen Positionierung.

Transformationsprozess: Ausgebremste Demokratisierung/1

- 1989 wurde unter der Regierung Modrow der runde Tisch gebildet, eine Form kollektiver Selbstregierung zur Neugestaltung politischer Strukturen. (Dez. 89 bis März 90, bis zur Volkskammerwahl.
- Gerade hatten sich die Ostdeutschen in diesem einen Jahr als politisches Subjekt erfunden mit Foren der Aushandlung gesellschaftlicher Verhältnisse, da setzte mit dem Einigungsvertrag (August 90) eine starke Entpolitisierung ein. Mitsprache und damit Einübung in Demokratie wurde ausgebremst.
- Es kam zur Überschichtung durch aus dem Westen stammendes Führungspersonal, das die Wende in ihrem Sinne aktiv betrieb. Habermas: den Ostdeutschen war die Möglichkeit entzogen „eigene Fehler zu machen und aus den Fehlern zu lernen“. Ohne Aneignungsmöglichkeit struktureller Veränderungsprozesse bleibt bis heute eine große innere Distanz.

Transformationsprozess: Ausgebremste Demokratisierung /2

- Das Deutungsmuster“ Die da oben, wir hier unten“ blieb erhalten. Die repräsentative Demokratie ist im Osten nie wirklich angekommen. Gründe: Westparteien konnten sich nicht verwurzeln. Unterschiedliche Partizipationsvorstellungen im Sinne von direkter Demokratie, Bürgerbeteiligungen , Volksentscheide, plebiszitäre Elemente .
- Um ihre demokratische Funktion zu erfüllen, brauchen Parteien aktive Ortsvereine, die auf der lokalen Ebene verwurzelt sind und Forderungen bündeln können. Das ist in Ostdeutschland häufig nicht gelungen. Es gibt für Ämter schlicht zu wenig Kandidaten mit Parteibuch.
- Demokratie allgemein findet hohe Zustimmung. Interessanterweise ist die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene hoch, zum Teil höher als im Westen. Das widerlegt die Rede von den demokratieverachtenden Ostdeutschen. Man beteiligt sich im unmittelbaren Lebensumfeld. Viele Kleinstparteien, Parteilose Kandidaten..

Gibt es eine ostdeutsche Identität?

- Identität = soziale Verortung, Gruppengrenzen, Zugehörigkeitsgefühle und kollektive Bewusstseinsformen. Jede Essentialisierung läuft allerdings ins Leere. Ostdeutsch-Sein ist in sich sehr heterogen, lediglich eine Identitätsfacette, die auch nur bei Bezugnahme auf eine westdeutsche Referenzgesellschaft zu Tage tritt.
- Aber trotz erheblicher Wohlstands- und Freiheitsgewinne beziehen sich Ostdeutsche auf den Osten als spezifischen Erfahrungs-, Sozial- und Kulturraum, der als subjektiv erlebter und gedeuteter kollektiver Zusammenhang zum Thema wird. Bei den Älteren geht es um Biografie und Herkunft, bei der Nachwendegeneration um soziale und politische Geografie.
- Gerade jüngere Menschen sehen den konflikthaltigen Unterschied zum Westen stärker und formulieren einen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich. Unter den nach 1989 Geborenen sind es 78 Prozent, die für Gleichstellungsmaßnahmen votieren.

Warum hat die AFD soviel Zuspruch? /1

- Bereits seit 1990 systematischer Aufbau lokaler Strukturen durch Leute „von drüben“ mit rechtsradikalen Anschauungen. Die Lokalpolitik bietet ein wichtiges Einstiegsfenster für radikal rechte Akteure.
- Die AFD dringt sehr bewusst in den zivilgesellschaftlichen Raum ein. Für die Infiltration in ostdeutsche Gemeinden engagiert sie sich in der Freiwilligen Feuerwehr, Schützen- und Kulturvereinen, Ehrenämtern usw. Strategie: Eindringen auch in Bundeswehr, Polizei, Justiz.
- Inszeniert sich als Nachfolgerin der DDR-Dissidenz. Nutzt Oben-Unten Deutungsmuster. Wir sind das Volk . Widerstand und Rebellion gegen das vermeintlich autoritäre System.

Warum hat die AFD soviel Zuspruch? /2

- Die Legitimation der Wende war „Die Nation“. Jetzt wächst zusammen was zusammen gehört. Parteien spielten keine besondere Rolle.
- Asymmetrische Vereinigung: der Osten trat bei, erforderlich war Anpassung. Das führte zu kollektivem Stress und der Befürchtung, dass Lebensleistungen, Traditionen und Gewohnheiten unter die Räder kommen könnten. Folge: großes Unmutspotenzial.
- AFD lädt Emotionen von Bitterkeit und Kränkungen als Folge von Anerkennungsdefiziten und Deklassierung identitär auf (kapert Ost-West Konflikt). Und macht sich zum Sprachrohr der ostdeutschen Seele.
- Mentale Beheimatung (nationales Gemeinschaftsgefühl) verfängt, wenn in Folge von Krisen und Umbrüchen die Sehnsucht nach Stabilität und Zugehörigkeit wächst.

Warum hat die AFD soviel Zuspruch? /3

- Wie erwähnt: Sozialstruktur: nicht gleichwertige Lebensverhältnisse, Räume der verunsicherten und reaktionären Männlichkeit (Katja Salomo)
- Politische Verohnmächtigung. Frakturen (Brüche) der Vergangenheit
- Veränderungsmüdigkeit. Festhaltungstendenzen gegen neue Zumutungen.
- AFD als Polarisierungsunternehmen arbeitet mit starken Affekten Ressentiments, Abwehr von Diversität, Besitzstandswahrung.
- Schrumpfende Gesellschaften kapseln sich ein. Gerade dort, wo wenig MigrantInnen leben und zugleich ein großer Zuwanderungsbedarf besteht, gibt es fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen. Befürchtung des quantitativen Bedeutungsverlusts. Wagenburgmentalität.

Maßnahmen gegen die Ungleichheit

- Gegen Elitendefizit könnten Förderinstrumente entwickelt werden.
- Für „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bedarf es Industrieansiedelung und Infrastrukturentwicklung.
- Renten auf Westniveau (2025 abgeschlossen)
- Angleichung der Löhne (ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich)
- Vermögensunterschiede kann man nur durch Besteuerung von Erbschaft und Vermögen und Umverteilung angehen.

„Was ist gegen „Allmählichkeitsschäden der Demokratie“ zu tun?

- Das sind Schäden, die über einen längeren Zeitraum unbemerkt entstehen: die Normalisierung eines radikalen Vokabulars und das sukzessive Verlassen des demokratischen Grundkonsenses. Pfadabhängigkeiten sind schwer rückgängig zu machen.
- 1. Verbot der AFD d.h. Ende der Parteienfinanzierung. Verhindern von illiberalen Strukturveränderungen.
- 2. Ausgrenzung. Brandmauern überhaupt möglich? CDU passt sich an, um zu punkten.
- 3. Gelassenheit. Vertrauen auf Selbstentzauberung

Man hat nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Abgrenzung steigert die Wagenburgmentalität; Gewährenlassen die Normalisierung.

Labor der Partizipation

Überlegungen zum Politischen Raum /1

- Die repräsentative Demokratie steht unter Druck. Parteien sind Organe der Willensbildung.
- Parteilinien werden durch Mitglieder bestimmt. Was heißt das, wenn auf 100 Personen nur noch eine Parteimitgliedschaft entfällt?
- SPD, Grüne und FDP könnten zu reinen Westparteien werden. CDU wäre die einzige demokratische gesamtdeutsche Partei.
- Was bedeuten Vielparteienbündnisse für die politische Kultur?

Labor der Partizipation

Überlegungen zum Politischen Raum /2

- Weitere Fragmentierung des Parteienspektrum durch regionale und partikulare Listen und Wählerinitiativen.
- Viele Landräte und Bürgermeister sind parteilos . Damit sind Gemeinden und Kleinstädte von der Landes- und Bundespolitik entkoppelt. Die über Parteien hergestellten Kommunikationswege fallen weg.
- Vorschlag: der Repräsentations- und Vertrauenskrise mit der Einführung von Bürgerräten mit klaren Befugnissen zu begegnen, als Ergänzung zu Parlamenten.